



Begeistert waren wir auch, dass das von uns erworbene und der Bevölkerung zur Verfügung gestellte, übertragbare Klimaticket sehr gut angenommen wurde und daher auch 2024 wieder angeboten werden soll.

Unser Widerstand gegen die Parkplätze in der Feistritzgasse und unsere Gegenstimmen gegen die Verbauung vieler Grünflächen scheiterten leider an den hierfür notwendigen Mehrheiten im Gemeinderat. Gemeinsam mit der SPÖ gelang es jedoch, eine geplante Fischzucht und somit eine großflächige Rodung des Stadtwaldes zu verhindern.

Wir haben einiges erreicht, nur gemeinsam können wir noch viel mehr bewirken und eine nachhaltige Gemeinde für kommende Generationen schaffen. Daher haben wir, wie in den Vorjahren, grüne Ziele und Projekte definiert, für deren Umsetzung wir uns 2024 stark machen werden.

Wir freuen uns auf Ihre Meinungen, Kritiken, Ideen etc. Schreiben Sie uns gerne unter: office@gruene-fuerstenfeld.at.

Harald Peindl

IN FÜRSTENFELD

ULRIKE PICHLER
Gemeinderätin
ulrike.pichler@gruene.at

ELISABETH BAUER
Gemeinderätin
lisbeth.bauer@gruene.at

GRÜNE INITIATIVE FÜR MEHR ÖFFENTLICHEN VERKEHR ERHÄLT BREITE ZUSTIMMUNG

.....
Eine echte Mobilitätsgarantie reicht bis zur Haustür. Deshalb sprechen sich auch 80 Prozent der Steirer:innen für flexible Kleinbusse und Sammeltaxis aus. Genau dafür machen sich die Grünen seit langem stark. Sie nehmen die Landesregierung diesbezüglich in die Pflicht.

Heuer starteten die Steirischen Grünen eine Mobilitätskampagne: Mit dem Klimaticket bis zur Haustür. Ziel ist ein flächendeckender Mikro-ÖV – gemeint sind flexible Kleinbusse und Sammeltaxis, welche die Lücke zwischen Linienhaltestellen und Haustüre schließen. Laut aktueller Umfrage sprechen sich 80 Prozent der Bevölkerung dafür aus, mehr als die Hälfte davon ist sogar besonders dafür.

Leider schiebt die Landesregierung die Verantwortung für öffentliche Verkehrsangebote am Land stark auf die Gemeinden ab. „Um die Gemeinden zu

entlasten und eine echte Mobilitätsgarantie zu geben, braucht es eine Landesfinanzierung und direkte Koordination durch den Steirischen Verkehrsverbund. Die Angebote vor Ort müssen in den Tarif und das Klimaticket integriert werden, damit Menschen sie möglichst einfach und unkompliziert nutzen können“, ist sich der Grüne Verkehrssprecher und Landtagsabgeordnete Lambert Schönleitner sicher.



- Lambert Schönleitner © Philipp Podesser

BODEN GUT MACHEN STATT ZUKUNFT VERBAUEN

.....
Vier Fußballfelder. So viel wertvoller Boden geht täglich in der Steiermark verloren. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz wird die Steiermark nach wie vor im Rekordtempo verbaut. Das muss gestoppt werden. Boden ist ein knappes Gut, das wir schützen müssen, wie unsere Grüne Klubobfrau, Sandra Krautwaschl, betont: „Ein lebendiger Boden versorgt uns mit Nahrung und sauberem Wasser, er schützt uns vor Hochwasser, wirkt durch Verdunstung als natürliche Klimaanlage und erhöht letztlich unsere Lebensqualität.“ Unsere zentrale Forderung an die Landespolitik lautet daher: **Bodenschutz JETZT!**

Der Schutz unserer Lebensgrundlage ist Aufgabe der Bundesländer. „Die Schwarz-Rote Landesregierung hat es in der Hand. Sie kann mit einer Reform des Raumordnungsgesetzes die Bodenversiegelung stoppen. Derzeit wird dieses Steuerungselement nicht ausreichend genutzt und ist in der derzeitigen Form viel zu zahnlos“, kritisiert Krautwaschl.

Die Probleme schlechter Raumplanung sind nur allzu gut bekannt: Es wird zu viel auf der grünen Wiese gebaut, Ortskerne sterben aus, schützenswerte Natur fällt Neubauten zum Opfer. „Viele Gemeinden haben aus der Vergangenheit einen Rucksack geerbt, mit dem wir alle nicht glücklich sind: Doch vor Jahren gewidmetes Bauland kann nicht einfach rückgewidmet werden. Umso wichtiger ist es, mit einer zukunftsorientierten Raumplanung die wahllose Versiegelung zu stoppen“, sagt unsere Klubobfrau. Das öffentliche

Bewusstsein für dieses Problem ist mittlerweile sehr hoch. Genau deshalb brauchen wir Gesetze, die wirken. Krautwaschl abschließend: „Beton macht nicht satt. Beton lässt Wasser nicht versickern. Beton speichert kein CO2. Bodenschutz ist daher zentral für eine lebenswerte Umwelt und dafür, wie wir die Folgen der Klimaerwärmung eindämmen können.“



- Sandra Krautwaschl © Maruša Puhek



Wer mehr über konkrete Vorschläge der steirischen Grünen zum Bodenschutz und über Grüne Initiativen im Landtag wissen möchte, wird hier fündig!

Zugestellt durch Post.at



© Bernhard Schindler



LIEBE LESER:INNEN!

.....
Aus grüner Sicht war das Jahr 2023 ein durchaus erfolgreiches Jahr. Zahlreiche grüne Projekte und Forderungen, wie der Ausbau der Radwege nach Altenmarkt, Übersbach und Bad Loipersdorf konnten begonnen und teilweise fertiggestellt werden.

Die schon längst fällige und von den Grünen jahrzehntelang geforderte Energiewende wurde in Fürstenfeld in Angriff genommen und durch den Bau von Photovoltaikanlagen inkl. Batteriespeicheranlage und Holzvergasungsanlage umgesetzt.

Das in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftshof und dem Umweltausschuss organisierte Urban Gardening war ein voller Erfolg. Die Gemüse- und Kräuterbeete wurden von Gemeinderätin Ulrike Pichler und der Lebenshilfe gepflegt und bewässert.

DIE GRÜNE

HARALD PEINDL
2. Vizebürgermeister
harald.peindl@gruene.at

FRANZ TIMISCHL
Gemeinderat
franz.timischl@gruene.at

MIT LEERSTANDSABGABE GEGEN WOHNUNGSNOT UND BODENFRASS



- Leerstehendes Geschäftslokal

Vor einem Jahr verabschiedete der Steiermärkische Landtag das Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz. Damit haben Gemeinden die Möglichkeit, Abgaben für Zweitwohnungen und leerstehende Wohnungen einzuheben. Pro Quadratmeter und Jahr können von der Wohnungseigentümer:in maximal 10 Euro eingefordert werden. Viele Gemeinden haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst, um mithilfe dieser Maßnahme dem grassierenden Bodenverbrauch und der Wohnungsnot entgegenzuwirken.

Dass Handlungsbedarf besteht, steht außer Frage. Die intensive Wohnbautätigkeit der letzten Jahre führte zu einem überbordenden Bodenverbrauch. Eine Fläche von 18 Fußballfeldern wird in Österreich täglich der Natur entzogen. Ausreichend bezahlbarer Wohnraum wurde dennoch nicht geschaffen. Die Mieten stiegen, während zahlreiche Wohnungen ungenutzt bleiben. Ein beträchtlicher Teil davon sind nämlich sogenannte „Anlegerwohnungen“, die lediglich als Kapitalanlagen dienen. Dies trägt zur steigenden Leerstandsrate bei. Die Einführung entsprechender Abgaben soll einerseits die Spekulation mit Wohnraum einschränken und andererseits den Bodenverbrauch langfristig senken.

Auch Fürstenfeld kennt das Problem, denn auch bei uns wurden in der Vergangenheit zahlreiche neue Wohnbauten errichtet. Unser Ansinnen, den Leerstand in Fürstenfeld zu erfassen, wurde von der Gemeindeführung bisher aber nicht angenommen. Schätzungen zufolge dürfte der hiesige Leerstand bei etwa 10 Prozent des Wohnungsbestandes liegen. Die genaue Erfassung der Lage wäre jedoch eine Voraussetzung für die Umsetzung einer entsprechenden Abgabe.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass auch in Fürstenfeld Maßnahmen ergriffen werden, um bezahlbaren Wohnraum zu fördern und leerstehende Wohnungen dem Markt zur Verfügung zu stellen. Nutzen wir die Möglichkeit, die uns der Gesetzgeber hier zur Verfügung stellt!

DER ENTBEHRLICHE PARKPLATZ IN DER FEISTRITZGASSE - TEUER, GERINGE AUSLASTUNG UND UMWELTSCHÄDLICH

Die Grünen Fürstenfeld haben von Anfang an die Errichtung eines Parkplatzes in der Feistritzgasse abgelehnt und im Gemeinderat konsequent gegen dieses Projekt gestimmt. Trotz unserer öffentlich geäußerten Bedenken wurde der Parkplatz im Juli vergangenen Jahres eröffnet. Der „Praxistest“ zeigt mittlerweile, dass unsere kritische Haltung durchaus gerechtfertigt war. Hier sind vier Hauptgründe, die unsere Ablehnung unterstreichen:

Erstens: Die Entscheidung, einen Parkplatz auf einer Grünfläche in unmittelbarer Nähe des Stadtzentrums zu bauen, widerspricht den Empfehlungen von Expert:innen zur Reduzierung von Bodenverbrauch und -versiegelung. Selbst bei sorgfältiger Bauweise werden bei einem solchen Projekt mindestens 40 Prozent der Fläche (ca. 3.200 m²) versiegelt. Überhaupt hätte die Gemeinde auf der betroffenen Fläche von fast 8.000 m² sinnvollere Projekte realisieren können, wie Erholungsflächen, Spiel- und Begegnungsbereiche oder einen Park - und das zu weit geringeren Kosten.

Zweitens: Die Kosten für den Parkplatz sind exorbitant. Bisher wurden bereits um die 1,5 Mio. Euro dafür ausgegeben. Im kommenden Haushalt sind weitere 420.000 Euro für den Kauf eines Teilgrundstücks vorgesehen, das bislang aus nur 20.000 Euro pro Jahr gepachtet wird. Von den 420.000 Euro sind 200.000 Euro kreditfinanziert. Somit belaufen sich die Gesamtkosten, die für nur 136 Stellplätze aufgewendet werden, auf 2 Mio. Euro - was pro Stellplatz etwa 15.000 Euro entspricht.

Drittens: Die Auslastung des Parkplatzes ist gering. Wir haben seine Belegung zu verschiedenen Zeiten beobachtet und festgestellt, dass er selten ausgelastet ist - nicht einmal die fest vergebenen Stellplätze.

Viertens: Es existiert keine effektive Verkehrslösung für die Zu- und Abfahrt vom Parkplatz. Der vorgeschlagene Kreisverkehr im Bereich Fürstenbräu-Hartlauer-Eurospar-Schnitzlcorner würde zusätzliche Baumaßnahmen erfordern und die Geschäftstätigkeit und den Autoverkehr in diesem Bereich beeinträchtigen.

Die Entscheidung für den Parkplatz in der Feistritzgasse erweist sich somit als teure Fehlinvestition. Sie ist ebenso ineffizient wie umweltschädlich. Wir Grüne bleiben daher bei unserer kritischen Haltung und setzen uns weiterhin für nachhaltige Verkehrslösungen in Fürstenfeld ein.



- Der Parkplatz in der Feistritzgasse

ENDE DER LIVE-ÜBERTRAGUNGEN VON GEMEINDERATSSITZUNGEN?

Vor mehr als zwei Jahrzehnten wurde unter Bürgermeister Höllerl die wegweisende Entscheidung getroffen, Gemeinderatssitzungen live zu übertragen. Damals galt dies als fortschrittliche Maßnahme. Mittlerweile ist eine solche Online-Übertragung in zahlreichen Gemeinden üblich geworden.

Bürger:innen haben dadurch die Möglichkeit, sich direkt über wichtige ihr Lebensumfeld betreffende Entscheidungen zu informieren. Bis zum September vergangenen Jahres konnte der Fürstenfelder Livestream zudem bis zu einer Woche nach der Gemeinderatssitzung abgerufen werden. Nun zieht der Bürgermeister einen Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2019 heran, um die Abrufbarkeit nach der Gemeinderatssitzung einzustellen.

Gemeinsam mit der SPÖ-Fraktion haben wir daher einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um die Abrufbarkeit auch weiterhin zu gewährleisten. Bedauerlicherweise wurde dieser Antrag sowohl von ÖVP als auch FPÖ

abgelehnt. Angesichts des mangelnden Interesses von Seiten dieser beiden Parteien an weiteren Live-Übertragungen befürchten wir Grüne, dass dieses Service für die Fürstenfelder:innen, die an der Gemeindepolitik interessiert sind, gänzlich eingestellt wird. ÖVP und FPÖ argumentieren gegen die Live-Übertragungen mit finanziellen Erwägungen und mangelndem Zuschauerinteresse

Doch wer bestimmt, wie hoch das Interesse sein muss, um es als „ausreichend“ zu betrachten? Wie viel ist Transparenz und Bürger:innenbeteiligung wert? Wir Grüne werden uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass weiterhin Liveübertragungen angeboten werden.

Wir sind überzeugt, dass diese - so wie in den vergangenen Jahren - die demokratische Teilhabe, das politische Interesse und damit die Verbundenheit der Fürstenfelder:innen mit ihrer Gemeinde fördern.

BARRIEREFREIHEIT IN DER INNENSTADT: GRÜNE SETZEN SICH FÜR SICHERE ÜBERGÄNGE EIN

Bereits seit drei Jahren setzen wir Grüne uns aktiv für eine barrierefreie Umgestaltung von Fußgängerübergängen ein. Insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Rollstuhlfahrer:innen und Eltern mit Kinderwagen werden viele bestehende Querungen zu einer Herausforderung. Gemeinsam mit der Lebenshilfe Fürstenfeld und dem Bauamt haben wir im Jahr 2020 einige dieser problematischen Stellen ermittelt und darüber nachgedacht, wie wir sie verbessern könnten. Leider wurde in dieser Hinsicht bisher nur wenig unternommen, und wenn, dann im Rahmen anderer Bauprojekte.

Es wäre für Fürstenfeld wichtig, nicht nur die Autofahrer:innen in die Verkehrsplanung einzubeziehen, sondern auch die Belange jener Bürger:innen zu berücksichtigen, für die die Fortbewegung in der Stadt aufgrund ihres Alter beziehungsweise wegen Behinderungen oder der Verwendung von Kinderwagen schwierig ist. Die finanziellen Aufwendungen für die Verbesserung der Barrierefreiheit wären im Vergleich zu den Ausgaben für Parkplätze und ähnliche Projekte weitaus geringer.

Zwar wurden bei den Fußgängerübergängen bei der Sparkasse und der Musikschule mittlerweile Verbesserungen versprochen; dennoch gibt es immer noch zahlreiche Stellen in der Innenstadt, die dringend hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit überprüft werden müssten. Beispiele hierfür sind die Pflasterung des Hauptplatzes, die Gehwege vom Ärztezentrum in die Innenstadt sowie mehrere Übergänge im Bereich der Hauptstraße und der Bismarckstraße. Eine umfassende Bewertung dieser Innenstadtbereiche im Hinblick auf Barrierefreiheit wäre also äußerst wünschenswert. Bereits auf den ersten Blick ist ersichtlich, dass hier noch Handlungsbedarf besteht.



- Sanierungsbedürftiger Zebrastreifen in der Santnergasse